

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

zum Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 18/3479

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 18/3479 – wird wie folgt mit neuer Überschrift und mit folgender Fassung ersetzt:

Missbilligung der gesetzeswidrig handelnden Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Elke Breitenbach

Das Abgeordnetenhaus missbilligt gemäß § 45a der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (GO Abghs) das gesetzeswidrige Handeln der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales bei der Ausreichung von Fördermitteln des Landes Berlin am Haushaltsgesetzgeber vorbei.

Frau Senatorin Breitenbach hat sehenden Auges ihre politischen und moralischen Grundsätze über die Regeln der Haushaltsführung gestellt und gegen geltende Gesetze umgesetzt.

Mit der Anordnung, Fördermittel an das Projekt „Berlin hilft“ auszusahlen, hat die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, ebenso wie ihr Staatssekretär Tietze bewusst und vorsätzlich den Haushaltsgesetzgeber umgangen.

Da die rechtlichen Voraussetzungen zur Fördermittelvergabe an „Berlin hilft“ - und hier eine einzige Person - nicht vorlagen, wurde der Umweg über einen Verein als Fördermittelempfänger gesucht, der die gesamten Fördermittel „durchreichte“. Rechtliche Bedenken des Präsidenten des LAF und anderer hochrangiger Mitarbeiter der Senatsverwaltung zu dieser „Konstruktion“ ignorierte die Senatorin nicht nur, sondern wies den Präsidenten der LAF in Kenntnis der rechtlichen Bedenken – also vorsätzlich – an, die Fördermittel zu gewähren.

Der Senat wird aufgefordert, einen Neubeginn in der Leitung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales einzuleiten und die notwendigen personellen Voraussetzungen zu schaffen, um auch im Bereich für Integration, Arbeit und Soziales jederzeit, auf allen Ebenen gesetzestreues Handeln, zu garantieren.

Begründung

Bewertet wird hier nicht, inwieweit „Berlin hilft“ förderungswürdig sei, sondern ausschließlich der Umstand, dass eine Förderfähigkeit am Haushaltsgesetzgeber vorbei nicht gegeben war.

Senatorin Breitenbach schadet mit Ihrem undurchsichtigen und uneinsichtigen Handeln nicht nur dem Ansehen der gesamten Berliner Verwaltung, sondern fördert aktiv den Vertrauensverlust in die Politik Berlins generell. Dieser rechtswidrigen, von linker Ideologie geprägten Politik ist eine klare Absage zu erteilen.

Das Abgeordnetenhaus missbilligt daher die Amtsführung der Senatorin Breitenbach und fordert den Senat im Interesse aller rechtstreuen Berlinerinnen und Berliner zu einem Kurswechsel im Bereich der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales auf.

Berlin, 10. März 2021

Dregger Seibeld Melzer Goiny
Und die übrigen Mitglieder der CDU-Fraktion